

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezugs monatlich 3,15 M., bei Zustellung unter Kreuzband für Deutschland 1.— M., für Ausland 2.— M., per Brief 1,50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Notizen 2893 und 2894.

Teufte sollen die achtzehnte, Monatshefte ab. Herrn Baum einicht. Veranlagung 2,20 M., bei sechsmonatlicher 1,15 M., von einem Wert 85 Pf. zumal und Organisationsarbeiten die achtzehnte Monatshefte 2,40 M., das folgende Heft 20 Pf., jedes weitere Wert 45 Pf. Inwiefern ich den darauf hinweisen kann, ist mir bis 2 Uhr nachmittags in der Expedition anzugeben.

Telefon-Nr. 2893-94, 2703. Fernsprecher: Amt Notizen 2893-94, 2703

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auslieferung der Kriegsverbrecher.

Zusammentritt der Auslieferungskommission.

Amsterdam, 8. Januar.

Reuter meldet aus Paris: Heute tritt die internationale Kommission für die Auslieferung der Deutschen zusammen, die sich Kriegsverbrechern schuldig gemacht haben sollen. Die Kommission stellt zunächst fest, welche Teile der Räte der Beschuldigten den Kriegsverbrechen der verschiedenen Länder zugerechnet werden.

Berichtigung der Kommission.

Paris, 8. Januar. (Globe.)

Die Besprechung der von General Foch und V. Bertran Kommission und Herrn von Simon über die in den von den alliierten Truppen besetzten Gebieten einzuführende Gerichtsbarkeit dauerte am Mittwoch fort. Es hat den Anschein, daß sich diese Verhandlungen noch einige Tage hinzuziehen dürften. Aufgegeben dürfte der Austausch der Justizminister werden kaum vor Beginn der nächsten Woche stattfinden. Der Oberste Rat wird am Donnerstag vormittag keine Sitzung abhalten, da Sir Crowe unzugänglich ist.

Die Kopenhagener Verhandlungen.

London, 8. Januar.

O'Grady erklärte einem Journalisten gegenüber, daß er heute die Besprechungen mit Litvinow wieder aufnehmen wird. Er glaubt, innerhalb einer kurzen Zeit eine Vereinbarung zu erzielen, welche innerhalb 14 Tagen endgültig unterzeichnet werden kann. Dann werde eine Kommission ernannt werden für die Ausführung des Abkommens.

Nachdem die Frage der Auswechslung der britischen Kriegsgefangenen und internierten Zivilpersonen erledigt sein werde, will O'Grady Unterhandlungen betreffen der französischen und anderen Kriegsgefangenen, die sich in Rußland befinden, anknüpfen. Er glaubt nicht, daß nach dem Abkommen bezüglich der britischen Kriegsgefangenen angenommen ist, die Unterhandlungen bezüglich der Staatsangehörigkeiten der anderen Nationen große Schwierigkeiten auslösen werden.

Die Finanzierung der Balkanländer.

London, 8. Januar.

Die Zeitung „Globe“ meldet, daß eine Londoner Finanzgruppe mit der Regierung von Schland, Letland und Estland eine finanzielle Abmachung getroffen hat und sich für verschiedene Unternehmungen dieser Länder interessiert. Es würden Vorbereitungen getroffen zur Bildung einer finanziellen Reserve zur Unterstützung der Wänta der drei Länder. Ähnliche Vorhaben sollen auf den Zeitraum von 15 Jahren nationalisiert werden. Schon jetzt bekommt die Regierung alle Garantien, daß die Wänta nicht beschädigt werden. Ferner erhält die Regierung die Kontrolle über den Flachsbau.

Polen gestattet Handels Durchfahrt.

Warschau, 8. Januar.

Die Blätter bestätigen die Nachricht, daß die polnische Regierung die Durchfahrt Handels durch Polen nach Rußland gestattet hat. Ein Funktionär des polnischen Armeeoberkommandos ist an die deutsche Grenze abgereist, um Handel auf seiner Reise durch Polen zu begleiten. Die Sowjetregierung hat die Freilassung polnischer Internierter, insbesondere die Freilassung des bekannten Bischofs Repp in Aussicht gestellt.

Trifft diese Meldung zu, dann ist auch das letzte Hindernis für die Entlassung Handels beseitigt. Wir hoffen, daß von deutscher Seite nun keine weiteren Ausflüchte gewünscht werden.

Die Krise in Spanien.

Madrid, 8. Januar.

Mehrere Personen feuerten auf das Automobil des Präsidenten der Vereinigten Arbeiter, Graupera, der sehr schwer verletzt wurde. Ein im Wagen befindlicher Freund und der Chauffeur wurden ebenfalls verletzt. Graupera sollte die gegenwärtig in Barcelona verhängte Absperrung als Antwort auf die unaufrichtigen Zustände betonen. Seinen erlittenen Verletzungen ist er nachträglich erlegen. Das Verbrechen hat viel zahlreichere Exekutionen hervor. Die Regierung ordnet

Schließung der Lokale der Gewerkschaften, sowie die Suspension der Gewerkschaftsorgane „Solidaridad“ und „L'Arriba“ an. Es wurden ferner zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

In Spanien währt schon seit längerer Zeit eine tiefgehende soziale Bewegung, die zum stärkeren Zusammenschluß der Arbeiter und zur Erhebung wirtschaftlicher Forderungen führte. Das rief den Widerstand der gesamten spanischen Unternehmer hervor, die das Begehren der Arbeiterkraft mit Absperrungen, Nichtanerkennung der Gewerkschaften und sonstigen reaktionären Maßnahmen beantworteten.

Ein Skandal.

Das „Berliner Tageblatt“, das in den letzten Jahren mindestens das Bestreben gezeigt hat, objektive Berichte über die Verhältnisse in Rußland zu veröffentlichen, ist seit einiger Zeit vollständig in das Lager der Interventionspolitiker abgewandert, die das Weil Rußlands und der ganzen Welt nur von der gewalttätigen Niederwerfung der Sowjetregierung erblassen. Der russische Mitarbeiter des „B. T.“, Herr Hans Borst, der vor und nach West-Visowki stark bolschewistisch angehaucht war, und der noch in seinen Briefen aus Sowjetrußland das Bestreben zeigte, neben den Schattenseiten des bolschewistischen Regimes auch seine positiven Seiten aufzuzeigen, meint jetzt völlig jede Orientierung verloren zu haben und in den Spuren der entschiedensten russischen Konterrevolutionäre zu wandeln. So hat er neuerdings mit unverhüllter Sympathie die Darlegungen des früheren Oktoberführers und Kriegsministers, Guschkow, veröffentlicht, deren Grundton war, daß man die Sowjetregierung mit Gewalt niederzwingen müsse, und in der heutigen Morgenausgabe äußert er sich in abfälliger Weise über die Verhalte jener europäischen Staatsmänner, die, wie beispielsweise der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen, Beneš, ein Kompromiß mit Rußland anstreben und die Hauptaufgabe der Politik gegenwärtig darin erblicken, eine Einigung mit Rußland auf dem Verhandlungswege zu erzielen.

Herr Hans Borst ironisiert diese Bestrebungen westeuropäischer und russischer Politiker:

Es sympatisch in der Theorie auch der Gedanke sein mag, auf dem Wege eines Kompromisses die Dinge in Rußland zu ordnen, so muß der praktische Politiker, wenn er die russischen Verhältnisse kennt, mit der harten Tatsache rechnen, daß es eine reine Utopie bedeutet, durch Verhandlungen den inneren Frieden in Rußland herzustellen zu wollen. Es ist die höchste Zeit, daß diese Tatsache fest ins Auge gefaßt werde. Es bedeutet eine in mehr als einer Hinsicht gefährliche Wüste von den Notwendigkeiten einer realen Politik, wenn immer weiter mit dem utopischen Gedanken gespielt wird, durch Verhandlungen mit der Sowjetregierung einerseits aber durch eine Ausweitung der verhassten russischen Parteien andererseits zum Ziel zu kommen.

Diese Ausführungen des Herrn Hans Borst bedeuten nichts anderes als eine Verurteilung jeder Verständigungs- politik mit Sowjetrußland und so eine unverhüllte Förderung jener zaristischen Gewaltpolitiker, die im Bunde mit den französischen und englischen Imperialisten die imperialistische Reaktion zum Siege führen wollen. Selbst der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ können diese Notwendigkeiten einer realen Politik etwas dringlich zu sein, und sie macht deshalb den schärfsten Vorbehalt, daß Deutschland, solange es nicht angegriffen werde, natürlich nicht daran denken könne, „an irgendwelchen gewalttätigen Lösungen der russischen Frage teilzunehmen“. Dieser Vorbehalt ist so nichtsagend und heuchlerisch, daß man über ihn getrost zur Tagesordnung übergehen kann. Es ist demnach die Tatsache zu buchen, daß das „Berliner Tageblatt“, im Einklang mit seiner immer reaktionärer werdenden inneren und äußeren Politik, bereits auf dem Niveau der alldeutschen und ententistischen Gewaltpolitiker angelangt ist, die in der „gewalttätigen Lösung der russischen Frage“ den Angelpunkt der europäischen Politik sehen. Der rosafarbene Pazifismus des Wolff-Organs, dessen wahrer Gehalt schon durch die schamlose Haltung Thaddeus Wolffs während der Friedensverhandlungen aufgezeigt wurde, erweist sich immer mehr als Lüge, die sofort verwindet, sobald die realen Interessen des Finanz- und Aristokraties bedroht erscheinen.

Grundrissbildes zur Strafrechtsreform.

Von Siegfried Weinberg.

I.

Das Fiasco der Strafrechtsreform.

Wie so oft in den letzten fünfzehn Jahren ist die Frage der Strafrechtsreform in Deutschland durch Vorlegung einiger Reformentwürfe wieder einmal brennend geworden, so daß es nötig ist, auf Wesen und Bedeutung des Strafrechtsproblems einzugehen.

„Strafrecht?“ Gibt es überhaupt ein Strafrecht? Diese Frage führt uns an die Urgänge menschlichen Zusammenlebens. So interessant sie auch sein mag, wir können ihre Erörterung und Entscheidung ruhig den Rechtsphilosophen überlassen, da sie praktisch bedeutungslos ist. Erlaßnen doch auch diejenigen, die sie verneinen, an, daß die menschliche Gesellschaft ein Recht hat, sich gegen Schädlinge in irgendeiner Weise zu sichern. Jede Gesellschaft muß, wenn sie sich nicht selbst vernichten will, auf antisoziale Handlungen irgendwie reagieren.

Strafrecht ist Schutz von Interessen, die der menschlichen Gesellschaftswirtschaft besonders schutzbedürftig erscheinen. Es ist einer der Ueberbauten der ökonomischen Verhältnisse. Jede Gesellschaftswirtschaft hat andere Interessen besonders schutzbedürftig erscheinen, so ist die Geschichte des Strafrechts gleichzeitig eine Geschichte der wirtschaftlichen Organisationen der Menschen, einer Geschichte der verschiedenen Ordnungen der menschlichen Gesellschaft.

Mit dem Ueberhandnehmen des Privateigentums wurde notwendig auch das Strafrecht zu seinem Schutze herangezogen.

Da das Privateigentum keine notwendige Rolle spielt, da fast alle auch nicht viele menschliche Interessen zu seinem Schutze. Der Übergang des gültigen auf dem Privateigentum aufgegebenen Sozialismus geführte auch das Strafrecht zu einem Schutzwall des Privateigentums um. Das Strafrecht wurde zu einem reinen Klassenrecht zugunsten der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Es ist eine der fundamentalen Wirkungen des Kapitalismus, daß er das Verbrechen nach dem wachsenden Werte des Privateigentums zu einem „sozialökonomischen Verbrechen“ gemacht hat. Genau, auch unter der Herrschaft des Sozialismus wird es, wie nach der Vordenker des Sozialismus zu verzeichnen nicht würde werden, Verbrechen und Verbrechen sein. Auch der Sozialismus wird es, E. B. nicht völlig verhindern können, daß ein erblicher Mensch seinen glücklicheren Lebensgenossen aus Versehen tödtet, oder daß werberle Bier sich am Krubben vergewißt. Aber das werberle Krubbenarbeiten sein, die mehr den Neuen als den Privatmillionen angehen.

Vor allem werden es Einzelercheinungen sein und nicht notwendige Folgen eines verderblichen Systems.

Wie auf fast allen Gebieten, so hat auch auf demjenigen des Strafrechts die deutsche Revolution, deren Reformen wir jetzt durchleben, vom Geiste des Sozialismus noch kaum einen Hauch veratmen lassen. Im Gegenteil, wohl noch nie in der Geschichte ist das Strafrecht so skandalös zum Schutze kapitalistischer Interessen mißbraucht worden, wie im letzten Jahrzehnte unter der Herrschaft einer Regierung, deren führende Männer sich noch heute Sozialisten nennen. An den Grundgesetzen unserer Strafrechts ist nichts geändert worden. All die alten vermoderten Klassengesetze zum Schutze des Kapitalismus sind noch heute in Kraft. Dem deutschen Verfassungskomitee stellen Bestimmungen im wesentlichen mehr als hundert Jahre alt sind, ist noch nicht das geringste Schicksalswörterchen aufgestellt worden. Die Rechtsprechung schlägt noch heute ebenso wie früher den Angehörigen eines an Zahl geringen Volksminderheits kapitalistisch orientierter Familien. Darüber hinaus wird das Jahr 1919 in der Strafrechtsgeschichte auf alle Zeiten bestehen als das schmerzliche und unheilvollste, das jemals dem deutschen Volke befallen war. Noch nie hat sich politische Verfolgungswelt in Deutschland gezeigt, als im ersten Lebensjahre der deutschen Republik, die sich in den Ländern sogar eine sozialistische nennt. Aber unheimlich erscheinen uns die 781 Jahre Gefängnis, die während der unglücklichen Dauer des Sozialismus

Wird die 120 Jahre Freiheitskämpfe, die in den auf die Aushebung des Sozialistengesetzes folgenden zwanzig Jahren gegen Sozialdemokraten wegen politischer Straftaten verhängt worden sind, wenn wir erfahren, daß in dem einzigen Jahre 1919 allein in Berlin mehr Freiheitsstrafen als in den ganzen vorherwähnten Zeitaltern wegen politischer Straftaten revolutionärer Arbeiter erkannt sind. Und wie ideal müssen uns geradezu die Vergewaltigungen des wilhelminischen Deutschland erscheinen im Vergleich zu dem Wüten der außerordentlichen Kriegsgerichte der ebertinischen Epoche, in denen wüthige Offiziere reaktionären Kalibers zu Gericht sitzen über das revolutionäre Proletariat. In den ganzen fünfzig Jahren des Sozialistengesetzes sind 119 Jahre Untersuchungshaft wegen politischer Delikte verhängt worden, also weniger als im letzten Jahre mitunter in einer einzigen Woche. Ganz zu schweigen von den vielen Todesopfern, die mit ihrem Leben für ihre revolutionäre Ueberzeugung blühen mußten. Das ist die traurige Bilanz des Strafrechts im ersten Jahre der deutschen Republik!

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, werden unter dem Begriff der Strafrechts zwei ganz verschiedene Dinge zusammengefaßt. Zunächst soll sie der Bekämpfung der Lumpstübe des Kapitalismus, des wirklichen Verbrechens, dienen. Wozu dient aber mehr und mehr in den Vordergrund der Strafrechts die Erreichung politischer, reaktionärer Ziele. Ist doch die Strafrechts mit der Zeit zu einem Hauptstapelwerk der kapitalistischen Reaktion geworden.

Das Resultat der bisherigen Strafrechtspraxis ist nichts als ein schändliches Fiasko, ein Fiasko, das freilich erkauft ist mit ungezählten Tränen und Sehnen. Auf politischem Gebiete hat es sich gezeigt, daß strafrechtliche Verfolgungen für die verfolgten Parteien stets eine Quelle neuer Kraft geworden sind. Die Sozialdemokratie hat den Verfolgungen in der Ära des Sozialistengesetzes glänzend widerstanden, und das stolze Ansehen der Mitgliederzahl unserer Partei zeigt, daß auch sie der Verfolgungen und sonstigen Verfolgungen, die das Jahr 1919 unserer Genossen gebracht hat, siegreich spottet.

Auf dem Gebiete der nicht rein politischen Strafrechtspraxis zeigt sich der gleiche negative Erfolg. Die Zahl der Verurteilungen hat sich trotz aller drakonischen Strafbestimmungen unter der Herrschaft des geltenden Strafrechts ständig gesteigert. Im Jahre 1913, dem letzten für das die amtliche Kriminalstatistik vorliegt, ist die Zahl der Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgerichte bis auf 652 381 angestiegen. Sie hat sich seit Einführung der Kriminalstatistik, d. h. seit dem Jahre 1882, fast verdoppelt. Besonders schändlich wirkt das Fiasko der Strafrechts, wenn wir berücksichtigen, daß die erhöhte Kriminalität zum großen Teil auf das Konto der bereits Vorbestraften entfällt. Während im Jahre 1882 von den Verurteilten nur 25 Prozent bereits vorbestraft waren, stieg diese Zahl bis 1893 bereits auf 35 Prozent, um bis zum Jahre 1913 in ständigem Wachstum bis auf 45 Prozent anzukommen. Von den 652 381 im Jahre 1913 wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgerichte verurteilten Personen waren nicht weniger als 292 127 vorbestraft, davon 60 268 sechs- und öfters. Das ist die besessene Wirkung unserer Strafrechtspraxis und unseres Strafvollzugs! Wahrlich, der jüngst verstorbene Altmeister der bürgerlichen Strafrechtswissenschaft Professor von Liszt hat recht, wenn er in seiner vortrefflichen Schrift „Das Verbrechen als sozialpathologische Erscheinung“ ausführt: „Unsere Strafen wirken nicht bessernd und nicht abschreckend, sie wirken überhaupt nicht präventiv, d. h. vom Verbrechen abhaltend; sie wirken vielmehr geradezu als eine Verstärkung der Antriebe zum Verbrechen. Von Jahr zu Jahr steigt gerade infolge der Verurteilungen das Gevölk derjenigen, die das Verbrechen zum Lebensberuf sich erwählt haben.“

Dieser Bankrott unserer bisherigen Strafrechtspraxis hat das Verlangen nach einer Reform des

geltenden Strafrechts unabweislich und unverzüglich gemacht. Eine Folge dieses allgemeinen Verlangens sind die nunmehr bereits zum Teil dem Reichsrat vorgelegten, zum Teil noch in der Ausarbeitung begriffenen neuen strafrechtlichen und strafprozessualen Gesetzentwürfe. Das arbeitende Volk tut gut, sich rechtzeitig mit diesen Entwürfen bekannt zu machen.

Die Eisenbahnerbewegung.

Der Versuch, die gegenwärtige Bewegung unter den Eisenbahnern als Folge „spartanischer Verheerung“ zu demagogisieren, der zu Anfang in einem Teil der Presse gemacht wurde, ist schändlich mißlungen und schließlich ganz unmöglich geworden. Es zeigt sich täglich deutlicher, daß nicht nur Arbeiter und Beamte, sondern auch alle Richtungen der organisierten Eisenbahner völlig einig sind in der Abwehr der Veruche, die krisische Regelung des Arbeitsverhältnisses auf die lange Bank zu schieben oder gar vollends unmöglich zu machen.

An allen Enden drohen Teilstreiks, droht die Ausbreitung der schon begonnenen Ausstände. Und aus den Orten, in denen die äußere Ruhe noch bewahrt worden ist, ist die innere Unruhe unter den Eisenbahnern so bedrohlich, daß die Organisationen sich genötigt sehen, dringende Mahnungen an die Verwaltung um Beschleunigung des Tarifwerkes zu richten. So hat sich der Bundesbezirk Berlin des Gewerkschaftsbundes der Deutschen Eisenbahnbeamten veranlaßt gesehen, folgendes dringliche Telegramm an den Zentralvorstand des Gewerkschaftsbundes zu richten:

„Erhöhung der Teuerungszulagen um 150 Proz. seitens des Deutschen Beamtenbundes noch nicht erwirkt. Unruhe greift stärker um sich. Wilde Streik drohen. Versorgung der Grubenhäuser gefährdet. Stellt Deutschem Beamtenbund Ultimatum bis 10. 1. sonst selbst vorgehen. Termin innehalten, sonst Führung nicht mehr verantwortlich.“

Wir hoffen, daß solche Mahnungen auch auf die verantwortlichen Behörden nicht ohne Eindruck bleiben. Es hilft nichts, daß man in der Öffentlichkeit nur die Eisenbahner zur Rücksicht auf die „Verarmungsfrage“ Deutschlands und zu „guter und nützlicher Bestimmung“ mahnt. Ihre nützliche Bestimmung haben sie durch geändertes Verhalten bereits befunden und inzwischen ist ihre eigene „Verarmungsfrage“ so schlimm geworden, daß sie mit Recht ein wenig Verständnis für diese Lage fordern. Nicht mehr!

Düsseldorf, 7. Januar.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamter im Bezirk Oberfeld hat seine Aufforderung zum Streik gegeben, da die Berliner Verhandlungen über den Lohnstreik nicht unterbrochen sind. Auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik noch den Teilstreik oder Lokalfreistrike angeordnet. Trotzdem hat der Streik der Eisenbahnarbeiter in Düsseldorf und auf der Strecke Düsseldorf—Dagum seit gestern an Stärke und Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Ausstandes in geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenausschuß des Eisenbahndirektionsbezirk Oberfeld hat angeordnet: Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeiterdienst bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns gestellten Forderungen steht noch aus. Milch-, Lebensmittel- und Viebzüge fahren vorläufig unter unserer Kontrolle.

Der Reichsarbeitsminister läßt durch öffentlichen Mas verkünden, daß die Drohung mit der Schließung der Betriebe in Frankfurt a. M. nicht von ihm, sondern vom Eisenbahnminister ausgegangen sei, der im Telegrammstil „Arbeitsminister“ zeichnet. Herr Schilde benutzte jedoch die Gelegenheit, um sich mit dem Eisenbahnminister solidarisch zu erklären. Somit trifft nicht zu, daß die von uns am Schließungsdrohung geknüpften Bemerkungen zu unrecht getan worden sind, wie der neue Mas behauptet, denn wenn Herr Schilde sich zu der Auffassung des Eisenbahnministers bekennt, dann muß er auch mit ihm die Vorwürfe tragen.

die gegen ein solches Veranforderndes Verhalten in so kritischer Situation erhoben werden müssen. Inwieweit erklärt das Reichsarbeitsminister:

„Eine Veranlassung, in die Tarifverhandlungen der Eisenbahner vermittelnd einzugreifen, lag für das Reichsarbeitsministerium trotz des Ersuchens des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes bisher nicht vor, weil die schon bestehenden Tarifverhandlungen, an denen das Reichsarbeitsministerium teilnimmt, einen befriedigenden Verlauf nehmen und auch die übrigen Eisenbahnerverbände einen solchen Eingriff zur Zeit nicht für erforderlich halten.“

Was den „befriedigenden Verlauf“ anlangt, so scheinen die Eisenbahner in diesem Punkte einwilligen noch weniger Bedauern zu haben.

Die Kasseler Eisenbahner haben gegen die Verfügung des Eisenbahnministers gegen die Frankfurter Eisenbahner Protest erhoben und erklärt, daß sie sich, falls Entlassungen vorgenommen werden sollten, auf die Seite der Frankfurter Kollegen stellen werden. Man spricht in den Kasseler Eisenbahnerkreisen die bestimmte Erwartung aus, daß Kassel und seine nähere Umgebung in die erste Wirtschaftsklasse kommen, weil die Teuerungszulagen hier die gleichen seien wie in den anderen großen Städten. Im Kasseler Direktionsbezirk kommen 1500 Mitglieder in Frage.

Die Vorstandschaften der Ortsvereinigungen Paderborn, Schweigen, Heidelberg und Hohenheim vom Verband des Deutschen Lehrpersonals beschlossen durch die Besetzung beim Finanzministerium eine Lohnserhöhung von 100 Prozent sofort zu beantragen.

Die Reaktion in Pommern.

Die Reaktion macht auf dem Lande, besonders aber in Pommern, der Hochburg des preussischen Junkertums, gewaltige Fortschritte. Die nationalistischen Parteien entfalten dort eine riesige Agitation und fangen das Landvolk unter der Vorpiegelung wirtschaftlicher Vorteile für ihre politischen Zwecke ein. Im Vordergrund der reaktionären Agitation steht der Pommerische Landbund. Seine Agitatoren schwenken vor seiner Arbeitsleistung zurück, um die Bevölkerung für die nationalistischen Ideen zu gewinnen, und die Junker haben für diese Agitation ihrer unerlässlich Geldmittel zur Verfügung gestellt. Ihre Hilfe hat sich denn auch bisher schon insofern gelohnt, als es der Pommerische Landbund in drei Viertel Jahren auf etwa 100 000 Mitglieder gebracht hat. Zahlreiche Provinzialblätter, die nach der Revolution eine sehr tolerante Haltung einnahmen, sind inzwischen umschwenkt, größtenteils unter dem Druck der junkerlichen Drohungen, die den Trudereibestimmern ganz offen den Dankschuld anerkennen, wenn ihre Blätter nicht im Sinne der Reaktion schreiben.

Die Frankfurter Zeitung bringt in ihrer Mittwoch-Morgenausgabe einen Artikel, der sich eingehend mit diesen Verhältnissen befaßt und die strabellende Tätigkeit des Landbundes durch eine Reihe von Beispielen beleuchtet. Das Blatt weist darauf hin, daß die Regierung das Ausmaß der Reaktion in Pommern verschuldet, wenn nicht gar begünstigt hat. Es heißt in Pommern immer noch an den neuen Männern in der Verwaltung, die dem Geist der Zeit Rechnung tragen. Gestützt auf die junkerliche Macht, sabotieren die pommerischen Regierungsbeamten heute ganz offen die Regierungsmassnahmen und leisten dadurch der Reaktion jeden nur erdenklichen Vorstoß. Unter diesen Umständen konnten sich in Pommern Verhältnisse entwickeln, die nach dem Urteil der „Frankfurter Zeitung“ entscheidend für die Zukunft unseres ganzen Volkes werden können.

Die Arbeiterkraft möge also die Augen offen halten. Die Reaktion ist mächtig erwacht, und das Proletariat wird keine ganze Kraft aufbringen müssen, um ihr zu genügen: Stunde Serr zu werden.

Ein Zensur über den anderen.

Von Hoffmann von Fallersleben.
(Aus den „Zwölf Zeiliedern“ 1849.)

Mel.: Im Wald und auf der Heide,
Im ganzen Vaterlande,
In jedem Rang und Stande
Ist alles Knusserlei. :
Der Fürst knusst die Minister,
Der Studio die Philister,
Der Mann knusst seine Frau 1,
Gali, halo, hali, halul
Wir knussten immerzu.
Der Vater knusst die Kinder,
Der Bauer Pferd' und Rinder,
Den Bauern der Gendarm, :
Der Amtmann die Gendarmen,
Der Bettelbrot die Armen,
Der Arme seinen Hund, :
Gali, halo, hali, halul
Wir knussten immerzu.
So geht nach alter Weise,
So geht im ewigen Kreise
Bei uns die Knusserlei. :
Wir müssen's wüthig tragen
Und pflegen noch zu sagen:
„Es muß doch Ordnung sein!“ :
Gali, halo, hali, halul
Wir knussten immerzu.
Ist uns einmal hienieden
Rein ander Ras beschieden
Als ew'ge Knusserlei. :
So mag ein Knusser kommen,
Der uns zu Ruh und Frommen
Der uns zur Freiheit knusst! :
Gali, halo, hali, halul
Wir knussten immerzu.

Kunst im roten Moskau.

Und die Kunst? Jept befragt der europäische Kulturwächter haben die Bolschewiken nicht alles vernichtet? Wo ist das feurige phantastische russische Ballet, die süße Pawlowna, die eiszeitliche Kunst eines Eriobin, — wo bleiben die Dichter, die Maler? ... wo bleibt Stanislawski? — Die russische Kunst von 1914 ist durch die russische Revolution nicht vernichtet, sie lebt noch gerade so viel, wie sie lebensfähig ist, d. h. sie ist zum guten Teil schon tot, und an nichtig offenbar sich dieses Tot-Leben besser als gerade an Stanislawskis Moskauer Künstlerischem Theater.

Das künstlerische Theater hielt während der ganzen Zeit der proletarischen Umwälzung seine Pforten offen. Es spielt genau so, wie unter dem Jaren oder zur Zeit des Kerenskieregimes. Das Theater ist überfüllt. Wie in allen öffentlichen Veranstaltungen, wie auf der Straße und überall in Sowjetmoskau dominiert auch hier das Proletariat. Früher war das Parteipublikum sicher eleganter, aber gewiß nicht kunstbegieriger. Jedes Wort des Schauspielers fällt wie ein schwerer Wassertropfen auf die ausgetrocknete offene Ackererde und wird sofort aufgesogen. Man spielt Tschadow's „Drei Schwestern“, die Tragödie dreier Seelen, die für dieses Lebensdasein zu subtil sind und sich hier nicht zurechtfinden. Noch vor kurzem war Tschadow der Liebling der Intelligenz; der Studenten, der jungen Mädchen mit kurzem und langem Haar, der jungen Revolutionäre. Aber leicht merken wir plötzlich, daß Tschadow's Bild eine Tragödie des bürgerlichen Wohlstandes ist. Die drei sanftmütigen und sich langweilenden Schwestern sind in einer Gesellschaft, die auf Arbeit aufgebaut ist, undenkbar. Die Offiziersuniformen des Gesellschaftsklubs muten jetzt, im bolschewistischen Moskau, fast wie Ritterrüstungen an, und das Ganze wirkt unheimlich, lebendig bleiben allein Tschadow's prophetische Worte von der großen Erneuerung auf die unfere Erde wartet.

Stanislawskis Theater steht heute auf derselben künstlerischen Höhe wie damals, als es im Siegeszug Europas bereifte. Aber diese Kunst, die im Subjektivismus gipfelt, die die Verkörperung einer Klasse bedeutet, diese Kunst als Privileg und höchst vornehmste Bräuterei, geht mit dem Sturz der bürgerlichen Gesellschaft ihrem Untergang entgegen.

Wo sind die Elemente zu finden, aus denen eine neue proletarische Kunst entstehen wird? Ungeheißerlich wird die Arbeiterklasse, die zur Kunst gelangt, auch die Trägerin einer neuen Kultur werden. In Russland finden wir in den Bestrebungen des sogenannten „Proletkult“ die ersten geistigen Anfänge dazu. „Proletkult“ ist kein Wesen zur Förderung der Kultur in der

Arbeiterklasse. In den Klubs, Meisterklassen und Werkstätten der Proletkult-Gruppen wird Arbeitern Gelegenheit geboten, nach ihrem Willen und Sinn Kunst auszubilden. Arbeit haben sie aus Insofern zur Verfügung, wie deren Rat gewünscht wird. Im übrigen sind die Arbeitenden sich selbst überlassen. Also eine Art von Dilettantenhaus? Was liegt am Namen? Drei Schaffenden nehmen es mit ihrer Sache ernst, als die Dilettanten, denn nach einem vollen Arbeitstag finden sie noch Zeit, in ihren „Werkstätten“ zu gehen und da zu arbeiten.

Ich sah den Moskauer zentralen Proletkult. Er ist in der ehemaligen berühmten Prokofjowschen Villa auf der Woschowskaja untergebracht. Ein geschmacklos plumper Bau in einem maurisch-byzantinisch-moskowschen Stil. Früher wohnte hier ein Grandseigneur und gab Gesellschaften. Jetzt sind die Seidenschleppen und die Bilder in den Goldrahmen mit Seidwand verhängt, die seinen Möbel sind fort — es ist h gearbeitet. Ich sah in der Klasse für rhythmische Gymnastik junge Proletarier und Proletarierinnen dem Rhythmus ihrer inneren Stimme nachgehen. Wie rührend war der Blick dieser Reihigen. In der Abteilung für Malerei sah ich Werke eines Bauern, der erst seit 14 Tagen im Proletkult arbeitete. Daneben verkehrte mich die Plastik eines Soldaten, der noch nie „Kunst sah“ (wie er sich ausdrückte). Die Arbeiten waren unbeholfen und doch best in ihnen eine Monumentalität besonderer Art, es war nicht Plumpheit, es war das Goldbewußtsein der eigenen Kraft, das diese Werke schuf. Und in der Abteilung für Literatur hörte ich neben manchen lächerlichen Gedichten über „Lieb und Leid“ auch einen wirklichen proletarischen Dichter. Er war noch namenlos. Sein Gedicht sprach von dem Tod einer Soldatin, die er, Soldat, in seiner Nähe hatte sterben sehen. Er sprach von seiner „Schwieger“, kein Wort der „Liebe“. In den schlichten Worten lag mehr „soziale Kunst“ als in der gesamten Kunst unserer verfallenden Epoche. B.

Gerhart Hauptmann hat ein neues Drama beendet, das im Januarheft der „Neuen Rundschau“ erscheint. „Indiposchi“ heißt dieses Bühnenwerk, das auf einer Märcheninsel spielt. Indiposchi ist der Name des verstorbenen Beherrschers dieser Insel. Er bedeutet: „Niemand weiß es“. Das Werk soll im Deutschen Theater Max Reinhardts zur Aufführung gelangen, zuvor jedoch Hauptmanns schon länger vollendetes Drama „Das weiße Heiland“ im Großen Schauspielhaus.

Im Meisterklub hat Friedrich Schlegel das Drama „Glanz und Elend“ von Waldemar Julius G. H. H. Verlag, Berlin. Die Zuschauer lauchten zunächst der einen Sprache des gebildeten einzigen Reiches, das ihnen die Inzucht der Kollaboration

Wahr ist's, den eigenen Bruder erschach ich. Doch dafür erhielt auch ein Rommildred mehr laut' ich auf höhern Befehl.
Mischzennan.

